

Wirtschaft

Mit Cumulus Not lindern ist nicht so einfach

Die Treuepunkte der Migros-Kundenkarte kann man spenden - an Organisationen oder andere Kartenbesitzer. Eine gute Idee, die dennoch nicht alle glücklich macht.

Von Romeo Regenass

Die St. Gallerin Debora Buess ist eine junge, engagierte Studentin und hat 2010 die solidarische Cumulus-Karte ins Leben gerufen. Statt die Gutscheine, mit denen die Migros sie für ihre Einkäufe belohnt, für eigene Anschaffungen zu verwenden, spendet sie diese Leuten, die sie besser gebrauchen können: Nothilfebezügern etwa, die mit acht Franken pro Tag Essen, Kleidung, Hygienartikel und alles, was zum Leben gehört, finanzieren müssen. Buess kopierte den Code ihrer Karte und gab ihn an andere weiter. So sammelten in diesen zwei Jahren viele Unterstützer des Solidaritätsnetzes Ostschweiz mit der «Soli-Karte» mehrere Tausend Franken in Form von Migros-Gutscheinen. Unterstützt wurden unter anderem Mittagstische, Sans-Papiers und Nothilfebezügler.

Vor dem Start ihrer Solidaritätsaktion hatte Buess die Migros Ostschweiz um Unterstützung angefragt. Die blieb zwar aus, aber die Migros liess Buess wissen, dass die Migros die Idee einer «sozialen» Cumulus-Karte ebenfalls verfolgte, allerdings auf nationaler Ebene. Gleichzeitig liess die Migros Debora Buess gewähren und wünschte ihr «weiterhin viel Freude an ihrer sozialen Tätigkeit».

Zwei Jahre später erhielt Buess von der nationalen Cumulus-Zentrale der Migros in Zürich die Mitteilung, dass ihre Cumulus-Karte demnächst gesperrt werde. Die Karte werde ausserhalb ihres Haushaltes eingesetzt, das zeigten die

Käufe, die mit ihr getätigt würden. Da Cumulus aber eine Haushaltskarte sei, liege ein Verstoß gegen die Allgemeinen Geschäftsbedingungen vor.

Doch die Migros zeigte Buess nicht einfach die kalte Schulter, sondern auch einen Weg, wie das Projekt unter Einhaltung der Regeln des Detailhändlers weitergeführt werden könnte - schliesslich liege der Migros das soziale Engagement am Herzen. Die Spender des Solidaritätsnetzes Ostschweiz müssten je eine eigene Cumulus-Karte besitzen und ihre Punkte an Debora Buess spenden, die ihre Gutscheine dann den Bedürftigen zur Verfügung stellen könnte. Seit Juli 2011 können Cumulus-Punkte generell gespendet werden.

Migros will Daten auswerten

Für Buess ist das keine Alternative, bringt diese für die Teilnehmer ihres Netzes doch deutlich mehr Aufwand mit sich. «In der Einfachheit der von uns praktizierten Variante liegt ja gerade der Erfolg.» Seit Bestehen der Soli-Cumulus-Karte wurden Bedürftigen Gutscheine für über 12000 Franken geschenkt.

Aus der Stellungnahme, die Migros-Sprecherin Monika Weibel dem TA gesandt hat, geht hervor, dass der Grossverteiler bei Cumulus trotz sozialem Engagement nicht auf das übergeordnete Ziel Marketing verzichten will: «Wir möchten registrierten Cumulus-Kunden spezielle Angebote mit Bons zukommen lassen. Die Auswertungen der Kassensbons zeigen uns, wie neue Produkte generell ankommen.» Werde der Strichcode an eine Vielzahl von Migros-Kunden verteilt, ohne dass diese eigentliche Cumulus-Kunden sind, verliere die Migros zudem die Möglichkeit, diese Kunden bei Rückrufen direkt anzusprechen. Fazit: «Das Sammeln von Punkten für eine spezielle Person oder Organisation muss deshalb konform ablaufen.»

Debora Buess will nicht aufgeben, die Argumente der Migros vermögen sie nicht zu überzeugen. «2009 hat uns die Migros nicht gesagt, dass ein Projekt wie die Soli-Karte verboten sei. Zwei Jahre später heisst es plötzlich, unser Projekt sei illegal.» Das Protestschreiben von Buess trägt bereits 800 Unterschriften. Was sie auch noch wurmt: Sie habe die Migros mehrfach um ein Gespräch gebeten, wurde aber nie eingeladen. Dabei ist sie ein Migros-Kind und hat als Aushilfe schon für die Migros gearbeitet.



Hier könnten Cumulus-Punkte helfen: Obdachlose in einer Hilfsstelle in Lausanne. Foto: Laurent Gillieron (Keystone)

Spendenoptionen

Migros bietet mehr an als Coop

Wer als Migros-Kunde eine Cumulus-Treuekarte hat, kann seine Punkte diversen gemeinnützigen Organisationen spenden, die diese für ausgewählte Projekte einsetzen. Mögliche Empfänger sind Glückskette, Heks, Pro Infirmis, Solidar Suisse, Winterhilfe oder die Terzstiftung. Daneben ist eine Spende an einen beliebigen Besitzer einer Cumulus-Karte möglich, den man mit Migros-Einkaufsgutscheinen unterstützen möchte. Bei Coop kann man die mit der Supercard gesammelten Punkte nicht generell spenden, sondern einzelne Punktepakete als «Spende-Prämien» verschenken: Mögliche Empfänger sind das SOS-Kinderdorf, die Coop-Patenschaft für Berggebiete sowie Pro Senectute. Zudem können einzelne WWF-Projekte unterstützt werden. (meo)

Chinas Geschenke an Hongkong

Die Volksrepublik will Investitionen in die Finanzmetropole fördern und damit ihre Bedeutung stärken.

Von Marcel Grzanna, Peking

Hongkong lebt. Daran hat selbst die Kommunistische Partei Chinas nichts geändert. Der prophezeite Absturz der Finanzmetropole an der Perlflossmündung in die Bedeutungslosigkeit ist bislang ausgeblieben. 15 Jahre nach der Rückgabe der ehemaligen britischen Kolonie an die Volksrepublik hat Hongkong seine Position als wichtigste Finanzdrehscheibe Asiens bewahrt. Die Mitbewerber Singapur oder Shanghai haben deutlich an Relevanz in der Region gewonnen, hinken aber hinterher.

Die Hartnäckigkeit, mit der Hongkong seine Spitzenposition behauptet, nimmt die Kommunistische Partei zum Anlass, sich zum Jahrestag selbst zu beweihräuchern. Ihren aktuellen Status habe die Stadt zu einem grossen Teil der Zentralregierung zu verdanken, verbreiten die staatlichen Medien im Vorfeld der Feierlichkeiten. In Hongkong gibt es eine weit verbreitete Abneigung gegen die autokratische Politik Pekings. Eine Umfrage zum 15. Jahrestag ergab kürzlich, dass sich Hongkongs Bürger immer weniger als Chinesen fühlen. Zwar ist die Stadt seit 1997 wieder ein offizieller Teil der Volksrepublik, doch sie geniesst noch 35 weitere Jahre Sonderrechte wie Meinungsfreiheit oder ein eingeschränktes Wahlrecht. Dennoch sinkt die Identifi-

kation der Bürger mit der Volksrepublik stetig. Sie befindet sich auf dem niedrigsten Stand in diesem Jahrhundert, wie eine aktuelle Umfrage der Universität Hongkong ergab.

Finanzsektor wächst stark

Um den eigenen Ruf zu verbessern, rührt Peking kräftig die Werbetrommel. Staatspräsident Hu Jintao brachte am Wochenende zu seinem dreitägigen Besuch vermeintlich grosszügige Geschenke mit in Form von finanzpolitischen Massnahmen, die Hongkongs internationale Bedeutung stärken und der Partei Sympathien einbringen sollen. Der Finanzsektor ist entscheidend für das Wohl der Stadt. 2010 arbeiteten nach Angaben des örtlichen Statistikbüros fast 6 Prozent der Bürger in der Branche, die mehr als 16 Prozent des Bruttoinlandsprodukts generierte. Seit 2003 ist die Zahl der Angestellten des Sektors um 30 Prozent auf gut 200 000 geklettert.

Um Hongkongs Stellenwert als Nummer 1 in Asien zu erhalten, will Peking das Volumen des Kapitals erhöhen, das zwischen der Volksrepublik und der Sonderverwaltungszone fliesst. Dazu plant die chinesische Regierung unweit von Hongkong die Einrichtung einer Finanzzone, in der die Landeswährung Renminbi (Yuan) frei getauscht werden kann. Das soll Anreize schaffen für Investitionen. Ausländer, die Yuan anhäufen, sollen zudem künftig über an der Börse gehandelte Fonds die Möglichkeit haben, in chinesische Aktien zu investieren. Ein Gemeinschaftsunternehmen der Börsen in Hongkong, Shanghai

und Shenzhen wird neue, grenzüberschreitende Produkte anbieten. Gleichzeitig will Präsident Hu Jintao nachdrücklich für Hongkong als Standort für internationalen Handel und Investitionen in Yuan werben.

Nirgendwo sonst ausserhalb Chinas werden so viele Geschäfte in der chinesischen Landeswährung abgewickelt. Die Summe sei 2011 um das Vierfache im Vergleich zum Vorjahr gewachsen, teilte Hongkongs Finanzbehörde HKMA mit. Die örtlichen Banken wickelten Geschäfte mit einem Volumen von insgesamt 1,91 Billionen Yuan ab, 290 Milliarden Franken. Gleichzeitig bietet Hongkong Investitionspotenzial für grosse Renminbi-Mengen. Chinas Finanzministerium etwa gibt über chinesische Banken in Hongkong neue Anleihen aus.

Vertrauen in China fehlt

Doch Peking handelt überwiegend aus Eigeninteresse. Eine Internationalisierung der chinesischen Landeswährung, die die Volksrepublik in politischen Einfluss ummünzen könnte, funktioniert nur mit einem Yuan, der als Handels-, Investitions- und Reservewährung akzeptiert ist. In Hongkong spielt Peking den Ernstfall durch, die Stadt muss deshalb auch als attraktiver Finanzplatz gewahrt werden. Shanghai kommt dafür schlicht nicht infrage. Der Doing-Business-Report der Weltbank attestiert Hongkong ein hohes Mass an Glaubwürdigkeit seiner Finanzbranche. Beim Anlegerschutz rangiert Hongkong weltweit auf Platz 3. China wird dagegen auf Platz 77 geführt, auf dem gleichen Niveau wie Bosnien.

Bankenombudsman mit 160 neuen Fällen pro Monat

Das Verhältnis zwischen Ombudsstelle und Banken hat sich entspannt. Davon zeugt die Akzeptanzquote von über 90 Prozent.

Von Robert Mayer

Die Schweizer Bankenombudsstelle, die im kommenden Jahr ihr 20-jähriges Bestehen feiert, verzeichnet einen anhaltend regen Zulauf. Annähernd 160 Fälle erreichen Ombudsman Hanspeter Häni pro Monat, vor der Finanzkrise waren es durchschnittlich etwa 130. Mit 1889 Fällen hatten Häni und seine Mitstreiter im letzten Jahr erneut ein Pensum bearbeitet, das deutlich über dem langjährigen Mittelwert von 1400 bis 1500 Fällen liegt. Dabei ist die Zahl der Fälle im Vorjahresvergleich um knapp 100 zurückgegangen.

Höhere Gebühren für Ausländer

Mit 38 Prozent auffallend hoch war der Anteil ausländischer Bankkunden, die sich im Berichtsjahr an die Ombudsstelle wandten. Wie Häni gestern auf seiner Jahresmedienkonferenz ausführte, gab es dafür zwei Gründe. Die Ausländer beschwerten sich zum einen darüber, dass ihnen deutlich höhere Kontoführungsgebühren verrechnet werden als in der Schweiz wohnhafte Kunden. Neben dieser Zusatzgebühr als solcher wurde laut Häni ferner bemängelt, die Banken hätten vor der Einführung nicht oder nicht rechtzeitig darüber informiert.

Der zweite Stein des Anstosses ist die zunehmend verbreitete Praxis hiesiger Banken, Geschäftsbeziehungen mit ausländischen Kunden gleich ganz zu kündigen. Im Fall von amerikanischen Kunden - selbst solchen, die in der Schweiz leben - sprach der Bankenombudsman von einem «klaren Trend», der «flächendeckend» zu beobachten sei. In Einzelfällen seien aber auch im europäischen Ausland lebende Kunden vom einseitigen Abbruch der Geschäftsbeziehungen betroffen. Die Banken, so Häni, begründeten ihr Vorgehen mit dem grossen und merklich gestiegenen Aufwand, der aus dem verschärften regulatorischen Umfeld und den unterschiedlichen ausländischen Gesetzgebungen herrühre.

Kündigung der rüden Art

Derzeit liegt der Fall einer mittelgrossen Bank auf Hänis Pult, die ihren ausländischen Kunden mit einem Schreiben vom 22. Juni die Kündigung der Bankbeziehung per Ende Juli mitteilte. Da es sich hierbei - wie auch bei den höheren Kontoführungsgebühren für Ausländer - um geschäftspolitische Entscheide handelt, sind dem Ombudsman die Hände gebunden. Was er, Häni, in solchen Situationen einzig tun könne, sei die Bank aufzufordern, den betroffenen Kunden die nötige Zeit für die Suche nach einer Alternative einzuräumen.

Dabei erzielen die Interventionen der Ombudsstelle durchaus Wirkung: 2011 sind die Banken in 91 Prozent aller Fälle auf die Korrekturvorschläge von Hanspeter Häni eingeschwenkt.